



HESSISCHER LANDTAG

29. 06. 2021

Plenum

Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Frank-Tilo Becher (SPD), Wolfgang Decker (SPD), Nadine Gersberg (SPD),
Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

Long Covid – Diagnose, Behandlung/Versorgung und Reha sicherstellen

Viele Menschen, die an Covid-19 erkrankt sind, haben mit Langzeitfolgen zu kämpfen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen davon aus, dass mindestens 10 % dieser Patientinnen und Patienten Langzeitfolgen (Post-akutes Covid-19 oder Long Covid) erleiden. Diese dauern in der Regel deutlich länger als drei Monate und treten vermehrt auch bei jungen Menschen sowie bei Menschen mit sehr milden Akutverläufen auf. Eine Studie der Universität Oxford hat darüber hinaus ergeben, dass ein Viertel der Long-Covid-Patientinnen und Patienten nach 6 Monaten und trotz eines Aufenthalts in einer Reha-Klinik noch immer berufsunfähig sind. Covid-Patientinnen und -Patienten können demnach in der bislang verfügbaren Zeit meist nicht ausreichend rehabilitiert werden, um nach der Reha-Maßnahme wieder in das Berufsleben einzusteigen.

Zu den Symptomen des „Long Covids“ zählen unter anderem Atembeschwerden, Kopfschmerzen, Aufmerksamkeitsdefizite, Geschmacks- und Geruchsverlust, Ängste und Depressionen, Herzprobleme, Diabetes mellitus oder auch Thrombosen sowie krankhafte Erschöpfung (Fatigue) und Belastungsintoleranz (Myalgische Encephalomyelitis (ME/CFS)). Dies führt bei den Betroffenen oftmals zu erheblichen Beeinträchtigungen des Alltags, zu erheblichen psychischen Belastungen und einem insgesamt hohen Bedarf an multiprofessionellen Rehabilitationsangeboten.

Die Schwere der Symptome, die die Betroffenen teilweise oder ganz von Arbeit und dem sozialen Leben ausschließen, sowie die hohen zu erwartenden Patientenzahlen stellen eine erhebliche Bedrohung für die langfristige Gesundheit dieser Menschen, für das Gesundheitswesen und für sozioökonomische und politische Systeme dar. Es besteht also ein extrem hoher medizinischer Bedarf und es ist dringend ein Aktionsplan erforderlich.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass zahlreiche Personen auch Monate nach einer Covid-19-Infektion noch stark unter den Langzeitfolgen von Covid-19 leiden. Dabei sind nicht nur diejenigen Menschen betroffen, bei denen eine Corona-Infektion besonders schwer verlaufen ist. Auch Personen mit milder Symptomatik, bei denen keine Vorerkrankungen oder sonstige ersichtliche Risikofaktoren vorliegen, können nach einer Infektion vom Long-Covid-Syndrom betroffen sein.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, interdisziplinäre Angebote zur Diagnostik, Behandlung sowie Rehabilitationsangebote durch multiprofessionelle Teams von Long-Covid-Erkrankten, aber auch insbesondere für ME/CFS-Erkrankte, zu schaffen, um während einer Reha-Maßnahme die Behandlung aller Symptome sicherstellen zu können.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Ursachenforschung des Long-Covid-Syndroms und des ME/CFS sowie mögliche Diagnose- und Behandlungsmethoden sicherzustellen und zu fördern. Hierzu gehört es auch, Fortbildungen zum Long-Covid-Syndrom sowie zu ME/CFS anzubieten, um der fälschlichen Einordnung als psychische Erkrankung vorzubeugen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Angebote zur Bewältigung und Begleitung der Erkrankung inkl. Angeboten des Empowerments auszubauen, die durch eine Covid-19-Erkrankung, eine intensivmedizinische Behandlung dieser Krankheit oder durch ME/CFS ausgelöst oder verursacht worden sind.

5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine wissenschaftliche Begleitung der Rehabilitandinnen und Rehabilitanden sicherzustellen, durch welche die Belastung sowie funktionelle Einschränkungen der Patientinnen und Patienten erfasst und die Wirksamkeit und Effektivität der verschiedenen Therapiemodule untersucht werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass mehr Personal für die Behandlung von Long-Covid-Patientinnen und -Patienten sowie ME/CFS-Patientinnen und -Patienten in Reha-Einrichtungen und für die Reha-Nachsorge fort- und ausgebildet wird.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Patientinnen und Patienten mit Langzeitfolgen durch eine Covid-19- oder ME/CFS-Erkrankung mit allen Akteuren entsprechend anzupassen (Krankenkassen, Ärzteschaft, Krankenhäusern, Reha-Einrichtungen, Arbeitgebern).
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass insgesamt die Diagnostik, die Behandlung und die Budgetierung angepasst werden. Zudem wird die Landesregierung aufgefordert, sich analog dem Land Bayern auf Bundesebene für eine Anerkennung von ME/CFS als Erkrankung einzusetzen. Dazu gehört, dass in den Katalog des § 116 b Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) die Krankheit ME/CFS aufgenommen wird, damit eine adäquate Diagnose, eine adäquate Behandlung und vor allem eine Refinanzierung von entsprechenden Ambulanzen möglich werden.

Wiesbaden, 29. Juni 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Dr. Daniela Sommer
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Wolfgang Decker
Nadine Gersberg
Turgut Yüksel